

EU-Austritt

denn Freiheit ist mein Bürgerrecht

Der Verrat an den Völkern Europas
und Klage gegen die EU-Verträge

Karin E. J. Kolland

Hanael
Buch mit
Seele

©Copyright

Hanael Bücher mit Seele

Karin E. J. Kolland Verlags KG Gleisdorf 2010/11

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks,
der Übersetzung und jegliche gedruckte, digitale,
elektronische oder sonstige, teilweise oder ganze Wiedergabe, vorbehalten.
Produktionsunterstützung: Thomas Bleimuth
Druck: Tschechische Republik

ISBN 978-3-902383-27-3

EU-Austritt

denn Freiheit ist mein Bürgerrecht

Der Verrat an den Völkern Europas
und Klage gegen die EU-Verträge

Das vorliegende Werk ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Europäischen Union, und damit auch der Politik in den Mitgliedstaaten der EU. Es zeigt anhand der einzelnen Artikel des EU-Vertrags, wie darin allgemein anerkannte Grundlagen der Demokratie so ausgehebelt werden, dass es einem Staatsstreich gleichkommt. Dieser skandalöse Tatbestand ist bisher wohl den wenigsten Parlaments- und Regierungsmitgliedern und noch weniger den Bürgern der EU-Länder klar geworden. Das verwundert nicht, wenn man weiß, dass z.B. den deutschen Bundestagsabgeordneten der 388 Seiten starke Vertragstext in konsolidierter Form (d.h. als lesbarer Text) nachweislich erst unmittelbar vor der Abstimmung darüber vorgelegt wurde und es ihnen deshalb unmöglich war, den Vertragstext voll zu erfassen und in seinen Konsequenzen zu begreifen.

Das Buch zeigt anhand dieses „Vertrags über die Europäische Union“ in der Fassung des Lissabonvertrags, was jetzt auf die Bürger zukommt. Es beschreibt, wie in der EU Entscheidungen gefällt werden und Gesetze entstehen. Dabei beleuchtet es auch den Einfluss der Lobbygruppen, von denen einige freien Zugang zu den Einrichtungen der EU haben. Ein ausführlicher Teil ist den Vereinbarungen über militärische Einsätze gewidmet. Dabei ist die Feststellung wichtig, dass der EU-Vertrag Vorrang vor den Verfassungen der Mitgliedstaaten hat.

Eine Pflichtlektüre für jedermann, ganz besonders aber für jeden politisch Tätigen!

Prof. Dr. Klaus Buchner

Inhaltsverzeichnis

Freiheit ist ein Geburtsrecht	7
Der Stammbaum der Vordenker	11
Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union.....	15
PRÄAMBEL	15
Die Anfänge der Europäischen Union	48
Politische Freiheit	59
Die Republik	63
Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen	65
Konsolidierte Fassung des Vertrages über die Europäische Union.....	72
TITEL 1 Artikel 1	72
Volksabstimmung 1994	77
Artikel 3	86
Wirtschaft, Währung, Haushalt	107
Subsidiarität in der zivilen Gemeinschaft	122
Übertragung von Zuständigkeiten	127
Artikel 4 bis Artikel 5	131
Übertragung von Zuständigkeit im Detail	137
Diskriminierungsverbot	137
Arbeitnehmerfreizügigkeit	144
Niederlassungsfreiheit	150
Warenverkehrsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit	176
Abwehr der „Goldenen Aktien“	179
Europa	186
Integration als ein Herrschaftsbündnis	190
Das Herkunftslandprinzip	195
Der Unterwerfungsvertrag in seinem Kern Artikel 6	205
Ermöglichung der Todesstrafe und der Tötung	209
Artikel 7	233
EU-Sanktionen gegen Österreich	235
Artikel 8	236
TITEL II Artikel 9 bis Artikel 12.....	237

Europol und Eurojust	251
TITEL III Artikel 13 bis Artikel 19.....	260
Die Selbstermächtigung des europäischen Gerichtshofs	281
TITEL IV Artikel 20	286
TITEL V KAPITEL 1 Artikel 21	287
Die UNION – die Weltordnung	289
Artikel 22	292
KAPITEL 2 ABSCHNITT 1 Artikel 23 bis Artikel 28	293
Verlust existenzieller Verteidigungshoheit der Mitgliedstaaten	299
Immerwährende Neutralität	304
Tagebuch der EU-Militarisierung	309
Neutralität ist eine Geisteshaltung, Friede ist mehr als nur ein Wort ...	313
Artikel 29 bis Artikel 41	320
ABSCHNITT 2 Artikel 42 bis Artikel 46	329
TITEL VI Artikel 47 bis Artikel 55.....	337
Bürgerklage gegen die österreichische Regierung	347
Der Geist der Freiheit	355
Majestät ist, wer in Demut lebt	357
Worte an Prinz Charles.....	359
Justiz und Justitia	362
Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	365
Gelöbnis der Verschwiegenheit	375
Individualisierte Freiheit, institutionalisierte Freiheit	380
EU-Austritts Volksbegehren überparteiliche Plattform	384
Nachwort von Helmut Schramm	386
Nachklang: Vision Bürgerdemokratie	395
Lebensqualität und Bedarfswirtschaft	397
Das Geld	407
Der gute Lohn, der gerechte Preis	411
Proportia Divina, der Goldene Schnitt.....	415
Wirtschaft ist der Wert, den wir gemeinsam schaffen	422
Steuern und Verwaltung	424
Das 10 Punkte Wahlsystems.....	429
Das neue Finanzsystem	432
Vita der Autorin	447

Die Stärke Europas liegt in der Vielfalt
und in der Unterschiedlichkeit der Kulturen
--- diese wollen ATMEN und LEBEN ---
nach eigenen Gesetzen!

Danke

Ein herzliches Dankeschön allen Menschen, die mich ermutigt haben, mit diesem schwierigen Thema in die Öffentlichkeit zu gehen.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie, meinen FreundenInnen, den namhaften und stillen Mitgliedern in unserer international tätigen „Hanael Association for the promotion of spiritual, intuitive and healthy lifestyles“ („Hanael Verein zur Förderung spiritueller, intuitiver und gesunder Lebensweise“), die meine Arbeit geistig unterstützen.

Herrn Helmut Schramm, der auch das Nachwort geschrieben hat und Frau Inge Rauscher, gebührt ein überaus großes Dankeschön. Durch beide habe ich wertvolle Anregungen, Einblicke in die Verfassungsklage 2008 von Univ. Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider bekommen und Unterstützung erfahren, um dieses komplexe Thema bearbeiten zu können.

Aufrichtig bedanken möchte ich mich bei Herrn Univ. Prof. Dr. Klaus Buchner für das Vorwort. Danke an Herrn Rolf Grund und Herrn Prof. Dr. Michael Friedrich Vogt vom Alpenparlament für das Interview, in dem ich das Thema „EU-Austritt“ gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Klaus Buchner den Bürgern vorstellen durfte.

Siehe Video:

<http://www.alpenparlament.tv/playlist/299-volksbegehren-eu-austritt>

DANKE

FREIHEIT IST EIN GEBURTSRECHT

Freiheit bedeutet, die Autonomie
des freien Willens
des Menschen zu verwirklichen.

Es genügt nicht, die Autonomie des freien Willens und die Freiheit bloß anzuerkennen oder zu beschwören. Es genügt nicht, sie in Grundgesetzen, also in der Verfassung, bloß zu verankern, wenn sie nicht angewendet wird. Es genügt nicht, die Begrenzung von Herrschaft durch die Grundrechte gesetzlich zu verankern, denn solche nur am Papier begrenzte Herrschaft verbunden mit einer schwammigen Appeasementpolitik¹ macht noch keinen Rechtsstaat aus. Es genügt nicht, sich den Slogan der Menschenrechte² schöntuerisch auf die Fahnen zu heften, wenn die Rechte der Menschen nicht real zur Anwendung kommen. Ein monarchisch liberaler Konstitutionalismus und Bürokratismus bedient sich der rechtsstaatlichen Prinzipien bloß in scheinheiliger Art und Weise und versteht es, die Rechte jener zu beugen, die sich keinen gewieften Rechtsanwalt leisten können. Die Ordnung, die von so einem Staat oder einer Union ausgeht, kann eine Gesetzesordnung sein, die aber nicht zugleich schon eine Rechts-

¹ Beschwichtigungspolitik, die Ideale vorgibt aber weder sichert noch verteidigt.

² Univ. Prof. Dr. K. A. Schachtschneider: „Die Menschenrechte, die auch weitere nicht angeführte Grundrechte umfassen, sind in sogenannter zweiter und dritter Generation zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten bzw. Rechten an den Lebensgrundlagen, Rechten auf Entwicklung und auf das Menschheitserbe weiterentwickelt. Es geht vor allem um ökonomische und soziale Rechte, wie das „Recht auf Arbeit“ (Art. 11 IPwirtP), auf „soziale Sicherheit“ (Art. 9 IPwirtR), „angemessenen Lebensstandard“ (Art. 11 IPwirtR), „ausreichende Ernährung, Bekleidung und Unterbringung“ (Art. 11 IPwirtP), auf ein „Höchstmaß an körperlicher, geistiger Gesundheit“ (Art. 12 IPwirtR) und auf „Bildung“ (Art. 13 IPwirtR). Die Grundlage aller Rechte ist aber die „Freiheit als das Recht auf Recht.“

ordnung ist. Das Herrschaftsprinzip mit der Macht, Gesetze zu erlassen, missachtet das Recht des einzelnen Menschen auf Selbstbestimmtheit durch die Autonomie des ihm angeborenen freien Willens. Soll also der anerkannte Grundsatz von Freiheit, Gleichheit und Brüderlich-Schwesterlichkeit nicht nur festgeschrieben, sondern tatsächlich verwirklicht werden, so muss ein Staat sich aus der Autonomie des freien Willens seines eigenen Volkes als seiner Staatsbürgerschaft, legitimieren.

Vor allem die Staatsform der Republik und der republikanische Bundesstaat bietet eine Verfassung, um die Souveränität des Volkes als freie Staatsbürger zu verwirklichen. Daran müsste weitergearbeitet werden, um wie in der Schweiz eine direkte Bürgerdemokratie weiter auszubauen. Denn Recht gibt es nur in der Republik, deren Staatsgewalt vom Volk ausgeht (Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG)¹, und Recht gibt es in der Republik auch nur dann, wenn die Staatsgewalt in ihrer dreigeteilten Form als Legislative, Exekutive und Judikative auf dem Volkswillen begründet ist. Das Volk hat also das Bestimmungsrecht und die Bestimmungsgewalt inne, welche Gesetze erlassen werden, wie sie auszuführen, also zu exekutieren sind und wer die Judikative übernimmt. Es liegt in der Hand des Volkes, mittels demokratischen Prinzips zu bestimmen. Es sollte diskutiert werden, welches demokratische Prinzip für das Volk das Beste ist, und eben nicht das Beste für die Herrschaft, die es in einer echten Demokratie eigentlich nicht mehr geben darf. Somit sollten alle wichtigen Gesetzesentwürfe und Gesetzesänderungen dem Volke vorgelegt werden, mit genügend langen Fristen um Einsicht und Einspruchsrechte zu gewährleisten, bevor diese beschlossen werden. Es liegt auch in der Hand des Volkes, über die Auswahlverfahren der Exekutivbeamten und der anzuwendenden Exekutivmittel zu entscheiden und zu bestimmen, mittels derer die Gesetze exekutiert werden. Es liegt in der Hand des Volkes, zu bestimmen, nach welchem Auswahlverfahren und Volks-

mitbestimmungsrecht Richter und Vertreter der Judikative bestellt oder auch entlassen werden. Verletzen Organe der Republik die Rechtsgrundlagen und die Souveränität seiner eigenen Staatsbürgerschaft, wird aus dem Rechtsstaat bloß ein Gesetzesstaat, der in die alten Hierarchien des Herrschaftsprinzips zurückfällt und nicht mehr in der Lage ist, Recht und Sittlichkeit zu erbringen.

Es darf vorweggenommen werden, dass die Republik Österreich als Parteienoligarchie² den hohen Anspruch der Volkssouveränität nicht zur Genüge erbringt! Dies zeigt alleine schon die schlechte Wahlbeteiligung der Bürger, wofür es nur einen einzigen Grund gibt: *Die Bürger sind unzufrieden und lehnen die Parteienherrschaft³ weitgehend ab.* Parteienherrschaft ist meistens selbstsüchtig und auf den eigenen Vorteil und Erhalt der Macht bedacht. Parteien in der derzeitigen Form als „*Bündnisse*“ sind undemokratisch und ohne Recht, also widerrechtlich, da die Rechtllichkeit in der Demokratie und Republik nur vom Volk ausgehen kann. Duldet aber das Volk die Parteienoligarchie, ja legitimiert diese durch immer wiederkehrende Wahl und verleiht ihr somit Zustimmung, so erschafft das Volk selbst aus einem Unrecht ein Gesetz, das aber dennoch niemals ordentliche (universelle), wohl aber befristet zeitlich gesetzeskräftige Staatsgrundlage sein kann. Denn der autonome Wille des Volkes kann Gutes oder Schlechtes hervorbringen.

Alles Leben entstammt dem Universum, kommt von Gott und alles Leben ist an die natürlichen Gesetze der Natur und des Universums gebunden. Der einzelne Mensch ist niemals alleiniger Herr sei-

¹ Univ. Prof. Dr. K.A Schachtschneider, Prinzipien des Rechtsstaates 2. Kap. III S. 9-10)

² Oligarchie, Parteienherrschaft genannt, bezeichnet eine kleine Gruppe, die sich zusammenschließt, um über eine große Gruppe von Menschen zu herrschen.

³ Parteienherrschaft verhindert direkte (Volks- bzw. Bürger-)Demokratie. Siehe (Seite 459) „Gelöbnis zur Verschwiegenheit“, das politische Mandatate an Parteien bindet, statt an das Volk und seine Bürger.

nes Lebens, ihm kommen lediglich partielle Herrlichkeit und partielle Heiligkeit (Ganzheit) zu, also Mitschöpfertum, da er immer auch Geschöpf bleibt.

Aber selbst der Wille des Volkes
kann niemals RECHT abschaffen, denn RECHT
ist mit dem Menschen geboren und in letzter Instanz vom
Universum, von Gott gegeben.

Sich nicht an Wahlen zu beteiligen, wird von vielen Bürgern als ein Akt der Freiheit und des Ausdrucks des autonomen freien Willens angesehen. Mangels besseren Wissens, also mangels besserer rechtlicher und ethischer Bildung (ein Versäumnis der Politik, diese Bildung ihren Bürgern und Kindern nicht angeboten zu haben) gehen die Menschen in den Rückzug und meiden die Wahlurnen, um sich so wenigstens der persönlichen Verantwortung zu entziehen, da sie sich nicht durch zustimmende Wahl an politischen Fehlentwicklungen mitschuldig machen wollen. Das Volk trägt keine tatsächliche Schuld an Verträgen, die von der herrschenden politischen Klasse ohne regelmäßige und wiederholte Volksabstimmungen abgeschlossen wurden und die zwar notdürftig gesetzlich aber keineswegs rechtlich genügen. Das Volk wird von den Politikern nicht umfassend und wahrheitsgetreu informiert, sondern mit (bewusster?) Desinformation ins Abseits geschoben. Die politischen Vertreter werden von Anfang an zu „Gehorsam in Verschwiegenheit gegenüber der Partei“¹ verpflichtet, in gelobter Geheimhaltungspflicht. Sie erfahren selbst nicht, was in den oberen Etagen der Parteipolitik und der Unionspolitik vorbereitet wird. Parteipolitik ist somit eigentlich geheime Verschwörungspolitik. Die Bürger werden zu Untertanen, die ihre Rechte verlieren. Diese Schuld trägt die herrschende politische Klasse eindeutig selbst und sie muss dafür auch endlich zur Verantwortung gezogen werden.

¹ ZB. Gelöbnisformel WKO: Siehe Seite 378

DER STAMMBAUM DER VORDENKER

Am Anfang war der Mensch frei inmitten der Wildnis der Natur und die Natur war sein Gesetz. Der Wechsel von Tag und Nacht bestimmte die Zeit von Aktivität und Ruhe. Der Tag war dazu da, den Hunger zu stillen und durch das Land zu streifen, um sich der Schönheit des Seins zu erfreuen. Der Wind wurde als Atem des Lebens verehrt. Das Wasser war die Quelle der Kraft für das Wachstum. Es stillte den Durst der Menschen und ihren Hunger, da es Pflanzen und Früchte gedeihen ließ. Zusammen mit der Krume der Erde wurde alles rundum als Heimat geliebt: als der Boden, der trägt und nährt, als die Hütte, die Schutz gibt, als das Haus, das Dorf und das Land, das von Geburt an zu den Menschen gehört, so selbstverständlich, wie ihre Arme und Beine zu ihnen gehören. Sie heiligten das Wasser als die Quelle allen Lebens und erfreuten sich an seinem plätschernden Klang. Die Nacht war da, um zu ruhen, um die Sterne zu beobachten und um den Träumen nachzuhängen. Das Feuer brachte die Wärme in den Winter und das Licht in den Abend. Die Tage wurden dadurch länger und sie saßen beisammen in ihrer Sippe und sangen. Ihre Paarung wurde auf eine geheimnisvolle Art der Berührung bereichert, je sanfter die Sprache der Seele ihre Herzen umhüllte. So entdeckten sie die Liebe. Die Liebe als eine geheimnisvoll heilende und beglückende Kraft, ganz innen, ganz tief. Ihr Gesang formte sich zu Silben und Worten und mit ihren wilden Gesten und Grimassen bekamen diese Laute einen Sinn. Diesen Sinn trugen sie innig in sich, ganz tief im Herzen und in ihren Gedanken, damit sie ihn den Kindern und Enkeln erzählen konnten und auch sich selbst in der Erinnerung, wenn die Beweglichkeit des Körpers nachließ. So konnte der Geist doch auf Wanderschaft gehen.

Sie erdachten sich Namen und Symbole, sie entwickelten Hand-

werk, Kunst und Fertigkeiten, Noten und Zahlen und je komplexer ihr Denken wurde, umso unterschiedlicher wurden sie geprägt und begannen, sich in Interessensgruppen und Glaubensgemeinschaften aufzuteilen. Rang und Ordnung wurden erwirkt nach dem Gesetz der natürlichen Autorität. Jedoch mit jedem Gesetz und jeder Verordnung, die die Starken erließen, entschwand ein Stück Freiheit. Das Recht lag nun nicht mehr alleine im Recht auf eigenverantwortliches Leben, sondern Recht wurde gehandelt als ein Austausch der Hilfe und der Bedingungen: Gibst du mir, gebe ich dir. Bald kam der Wunsch auf, mehr besitzen und haben zu wollen, mehr zu fordern als zu geben und das Unglück begann, die Freiheit und das Recht gingen verloren. Mit der Freiheit ist es seither wie mit der Liebe; ihr Kommen und Gehen sind geheimnisvoll. Je mehr man versucht, die Liebe und die Freiheit in die Macht der Befehle zu zwingen, umso mehr verliert man beides.

Die Menschen trösteten sich über den Verlust der Liebe und der Freiheit hinweg, indem sie nun nach Macht, Land und Geld strebten. Es kam die Spaltung in die Welt und Gut und Böse entstand. Die einen wurden zu Räubern, zu Dieben, zu Tyrannen, die anderen zu Opfern, zu Sklaven und eine dritte Gruppe entstand, die Heuchler, die Duckmäuser, die Lohndiener, die ihre Seele bald da und bald dort zu Markte trugen, die ihren Sinn nach dem Wind drehen und rücksichtslos alles zertreten, was im Wege steht.

Freiheit wurde in den letzten Jahrtausenden durch die „*unzivilisierten*“ Völker (Indianer, Aborigines, afrikanische Völker) gelebt, meist in kleinen Einheiten. Die erobernde Zivilisationsmacht unterdrückte die Rechte der freien Menschen, unterwarf sie durch Herrschaft, raubte sie aus und zwang sie zur Integration, was nichts anderes bedeutet, als ihnen den freien Willen zu nehmen und sie einem Herrschaftsprinzip übergeordneter und aufgezwungener Staatsgewalt ein- und unterzuordnen. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht, denn jedes Volk hat das Recht nach eigenen Gesetzen in Freiheit zu

leben. Wie es das tut, ist insoweit seine eigene Sache, als es die Rechte anderer Völker und deren Lebensgrundlagen nicht bedroht. Die sogenannten *Wilden* waren wohl selten zügellose Wilde, denn sie lebten in kleinen Gemeinschaften nach ihren eigenen Gesetzen, die sie kannten und bejahten. Die Ursache einer Staatsgründung liegt nach Cicero nicht in der Schwäche (*imbecillitas*), sondern im natürlichen, instinktiven Herdentrieb (*congregatio*) des Menschen. So bildete sich die Zivilisation mit der zivilrechtlichen Gesetzgebung, je nach Staatsform, die ein Volk verband.

Staatsformen nach Cicero

Von einem Regenten, einer Regentin geführtes Volk

Positiv: **Regnum**, das fürsorgliche Königtum (*caritas*)

Negativ: **Tyrannis**, als Hochmut (*superbia*)

Von mehreren Personen gebildete Regierung

Positiv: **Civitas Optimatum**, die kluge Optimatenherrschaft (*consilium*), die Edlen (Adel, Aristokratie der Einsichtigen)

Negativ: **Oligarchie**, die selbstgefällige, entartete Aristokratie (*factio*, die Parteiung), Parteienoligarchie

Von allen gebildete oder gewählte Regierung

Positiv: **Civitas Popularis**, die Volksdemokratie mit allgemeinem Zivilrecht, beruhend auf der Freiheit aller (*libertas*) und dem allgemeinen Wohl (Gemeinwohl)

Negativ: **Pöbelherrschaft** (Ochlokratie), Tyrannei der zügellosen Masse (*licentia*), wo jeder nur sein eigenes Interesse rücksichtslos vertritt (Mangel an Nächstenliebe)

Die Staatenbildung brachte die Vorteile des Gemeinwohls, des sozialen Schutzes und der Rechtsstaatlichkeit. Sie brachte aber auch schwere Nachteile, dort wo Hochmut, Lieblosigkeit, Rücksichtslosigkeit und Egoismus von Herrschern und Befehlsgebern zum Machtmissbrauch und zur Tyrannei ausarten. Dennoch haben viele Menschen Angst vor der Freiheit und wählen lieber eine Herrschaft, sie

folgen einer Führung und geben ihre Verantwortung ab.

Doch immer wieder öffnete sich ein Fenster im Wechsel der Zeiten. Es gelang manchen Menschen, die Liebe und die Freiheit herbeizurufen und sie durften die Existenz der Liebe und Freiheit durch Wahrheit erfahren. So kamen Vordenker, weise Menschen, die sich redlichen Herzens bemühten den Verlust der Freiheit und Liebe, den Verlust des natürlichen Rechtsstatus durch gerechte Gedanken der Wahrheit im Dienste der Liebe und der Freiheit in eine Ordnung zu bringen (wie im obigen Beispiel Cicero, vor ihm Platon, Aristoteles, später Kant und viele andere). Diese Ordnung ist das Sittengesetz. Die einen nennen sie universelle Ordnung, die anderen nennen sie Philosophie, wieder andere nennen sie Gottes Gebote. Aber es kommt nicht darauf an, wie wir die Gesetze nennen. Es kommt einzig und allein darauf an, ob die Gesetze im Dienste der Wahrheit stehen, der sie zu dienen haben: der Freiheit und der Liebe.

Und so stehe ich heute da mit einem Schrank voller Bücher, verbunden in Dankbarkeit mit allen Lehrern, mit allen Gelehrten und weisen Männern und Frauen, inmitten der Wirrnisse des Paragrafendschungels der heutigen Zeit und will es wagen, in die Welt hinauszurufen:

Wo bist du meine Freiheit?

Wo bist du mein Recht?

Wo bist du Liebe, um mich sicher zu geleiten in meinen Gedanken, Worten und Taten, damit ich die Wahrheit der Ordnung, die das Recht durch das Gesetz auszudrücken hat, wiederfinden kann?

KONSOLIDIERTE FASSUNG DES VERTRAGES ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION

Laut Amtsblatt der Europäischen Union vom 9. 5. 2008

PRÄAMBEL

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN VON DÄNEMARK; DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND; DER PRÄSIDENT DER GRIECHISCHEN REPUBLIK; SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG VON SPANIEN; DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK; DER PRÄSIDENT IRLANDS; DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK; SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG; IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE; DER PRÄSIDENT DER PORTUGIESISCHEN REPUBLIK; IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

Seit dem ursprünglichen Vertragsabschluss sind Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geworden: die Republik Bulgarien, die Tschechische Republik, die Republik Estland, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, die Republik Ungarn, die Republik Malta, die Republik Österreich, die Republik Polen, Rumänien, die Republik Slowenien, die Slowakische Republik, die Republik Finnland und das Königreich Schweden.

ENTSCHLOSSEN, den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine Stufe zu heben,

SCHÖPFEND aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen

und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben,

INGEDENK der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und der Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des zukünftigen Europas zu schaffen,

IN BESTÄTIGUNG ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit,

IN BESTÄTIGUNG der Bedeutung, die sie den sozialen Grundrechten beimessen, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Unionscharta der Grundrechte der Arbeiter von 1989 festgelegt sind,

IN DEM WUNSCH, Demokratie und Effizienz in der Arbeit der Organe weiter zu stärken, damit diese in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben in einem einheitlichen institutionellen Rahmen besser wahrzunehmen,

ENTSCHLOSSEN, die Stärkung und die Konvergenz ihrer Volkswirtschaften herbeizuführen und eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten, die im Einklang mit diesem Vertrag und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine einheitliche, stabile Währung einschließt,

IN DEM FESTEN WILLEN, im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarktes sowie der Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung zu fördern und Politiken zu verfolgen, die gewährleisten, dass Fortschritt bei der wirtschaftlichen Integration mit parallelen Fortschritten auf anderen Gebieten einhergehen,

ENTSCHLOSSEN, eine gemeinsame Unionsbürgerschaft für die Staatsangehörigen ihrer Länder einzuführen,

ENTSCHLOSSEN, die Freizügigkeit unter gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit ihrer Bürger durch den Aufbau eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrages und des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu fördern,

ENTSCHLOSSEN, den Prozess der Schaffung einer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden, weiterzuführen,

IM HINBLICK auf weitere Schritte, die getan werden müssen, um die europäische Integration voranzutreiben,

HABEN BESCHLOSSEN, eine europäische Union zu gründen; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Aufzählung der Bevollmächtigten ist nicht wiedergegeben)

So, jetzt muss ich erst einmal ganz tief Luft holen. Es kratzt mich im Hals und ein sehr beengendes Gefühl hat mich beschlichen. Gott im Himmel, was ist das für ein Vertrag? Wir schreiben das 21. Jahrhundert und nennen uns Moderne, doch da wird ein Vertrag erschaffen, der damit beginnt: Seine Majestät der König..., seine Majestät die Königin..., seine Königliche Hoheit der Großherzog ..., ihre Majestät die Königin ... und dazwischen ein paar Präsidenten; um es konkret zu sagen: sechs Majestäten (von was? Monarchien? Föderationen? Republiken? Welcher Rechtsstatus und welche Verfassung?) und sechs Präsidenten von Republiken, also zwölf Herrschaften, zwölf Sterne haben BESCHLOSSEN; und alle weiteren Staaten befinden sich in der Fußnote angereicht, untergeordnet und alle ohne Nennung der Namen jener, die die Aushandlung so eines

Vertrages zu verantworten haben. Das heißt, die Baumeister dieses Vertrages zeigen sich dem Volke nicht persönlich, nicht namentlich, sondern beruhend auf der vorgegaukelten Macht ihrer Titel. Doch Titel tragen keine Verantwortung und können nicht zur Verantwortung gezogen werden und Titel besitzen auch in Wahrheit keine Macht. Entziehen sich also die Baumeister dieses Vertrages gleich von Anfang an ihrer persönlichen Verantwortung, damit sie völkerrechtlich nicht angeklagt werden können? Nun gut, ich suche und werde fündig im Amtsblatt der Europäischen Union vom 17. 12. 2007 im

**VERTRAG VON LISSABON ZUR ÄNDERUNG DES
VERTRAGES ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION UND DES
VERTRAGES ZUR GRÜNDUNG DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFT (2007/C 306/01)**

Hier werden die ernannten Bevollmächtigten nun namentlich aufgezählt und ich will sie hier wiedergeben, damit die Bürgerschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union diese zur Verantwortung ziehen kann:

**SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER Guy
VERHOFSTADT Premierminister, Karel DE GUCHT Minister
für auswärtige Angelegenheiten**

**DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK BULGARIEN Sergei
STANISHEV Premierminister, Ivailo KALFIN Vize-
Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten**

**DER PRÄSIDENT DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK
Mirek POPOLÁNEK Premierminister, Karel
SCHWARZENBERG Vize- Premierminister und Minister für
auswärtige Angelegenheiten**

**IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN VON DÄNEMARK Anders
Fogh RASMUSSEN Premierminister, Per Stig MOLLER
Minister für auswärtige Angelegenheiten**

DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND Dr. Angela MERKEL, Bundeskanzlerin, Dr.
Frank-Walter STEINMEIER Bundesminister des Auswärtigen
und Stellvertreter der Bundeskanzlerin

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK ESTLAND Andrus
ANSIP Premierminister, Urmas PAET Minister für auswärtige
Angelegenheiten

DIE PRÄSIDENTIN IRLANDS Bertie AHREN
Premierminister (Taoiseach), Dermot AHREN Minister für
auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER HELLENISCHEN REPUBLIK
Konstantinos KARAMANLIS Premierminister, DORA
BAKOYANNIS Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG VON SPANIEN José Luis
RODRÍGUEZ ZAPATERO Präsident der Regierung, Miguel
Àngel MORANTINOS CUYAUBÉ Minister für auswärtige
Angelegenheiten und für Zusammenarbeit

DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK
Nicolas SARKOZY Präsident, Francois FILLON
Premierminister, Bernard KOUCHNER Minister für auswärtige
Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK
Romano PRODI Präsident des Ministerrates, Massimo
D'ALEMA Vizepräsident des Ministerrats und Minister für
auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK ZYPERN Tassos
PAPADOPOULOS Präsident, Erat KOZAKOU-MARCOULLIS
Minister für auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK LETTLAND Valdis
ZATLERS Präsident, Aigars KALVITIS Premierminister, Maris
RIEKSTINS Minister für auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK LITAUEN Valdas
ADAMKUS Präsident, Gedimias KIRKILAS Premierminister,
Petras VAITIEKUNAS Minister für auswärtige Angelegenheiten

SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG
VON LUXEMBURG Jean-Claude JUNCKER Premierminister,
Staatsminister, Jean ASSELBORN Minister für auswärtige
Angelegenheiten und Immigration

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK UNGARN Ferenc
GYURCSÁNY Premierminister, Dr. Kinga GÖNCZ Ministerin für
auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT MALTAS The Hon Lawrence GONZI
Premierminister, The Hon Michael FRENDO Minister für
auswärtige Angelegenheiten

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE Dr.
J. P. BALKENENDE Premierminister, M. J. M. VERHAGEN
Minister für auswärtige Angelegenheiten

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK
ÖSTERREICH Dr. Alfred GUSENBAUER Bundeskanzler, Dr.
Ursula PLASSNIK Bundesministerin für europäische und
internationale Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK POLEN Donald TUSK
Premierminister, Radoslaw SIKORSKI Minister für auswärtige
Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER PORTUGIESISCHEN REPUBLIK
José SÓCRATES CARVALHO PINTO DE SOUSA
Premierminister, Luís Filipe MARQUES AMADO Staatsminister
Minister für auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT RUMÄNIENS Traian BASESCU
Präsident, Calin POPESCU TARICEANU Premierminister,
Adrian CIOROIANU Minister für auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK SLOWENIEN Janez
JANSA Präsident der Regierung, Dr. DIMITRIJ RUPEL Minister
für auswärtige Angelegenheiten

DER PRÄSIDENT DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK
Robert FICO Premierminister, Ján KUBIS Minister für
auswärtige Angelegenheiten

DIE PRÄSIDENTIN DER REPUBLIK FINNLAND Matti
VANHANEN Premierminister, Ilkka KANERVA Minister für
auswärtige Angelegenheiten

IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DES VEREINIGTEN
KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND
The Rt. Hon Gordon BROWN Premierminister, The Rt. Hon
David MILIBAND Minister für auswärtige Angelegenheiten und
den Commonwealth

DIESE SIND nach Austausch ihrer gut und gehörig
befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:

Schon die Form und die Präambel zeigen, womit wir es zu tun
haben: der HOHEIT der Feudalherrschaftlichkeit.

Der Adelstitel wurde in Deutschland 1919 durch die Weimarer
Reichsverfassung abgeschafft und durch Landesrecht in einen Be-
standteil des Nachnamens überführt. Eine Verleihung ist nicht mehr
möglich. In Österreich wurde die Führung, auch als Namens-
bestandteil, verboten. Mitgliedern von Herrscherhäusern, wie
beispielsweise Ulrich Habsburg-Lothringen, ist per Verfassungsgesetz
eine Kandidatur zum Bundespräsidenten untersagt. Doch im Vertrag
der Europäischen Union werden wir nun wieder dem Hoheitsanspruch
eines Feudaladels unterworfen? Was soll das?

Bei mir selbst kommen keine guten Kindheitserinnerungen auf.
Mein Vater, wie auch mein Großvater und mein Urgroßvater, waren
bei Mayr-Melnhof in der Forstdirektion angestellt und die Gräfin
verfügte damals über *ihre treuen Diener* in feudalistischer Natur. Wenn
sie anrief, weil mein Vater wieder einmal, egal ob Sonntag oder
Feiertag, sofort zu erscheinen hatte, redete sie ihn und auch meine
Mutter nur in der dritten Person an. Als meine Mutter sich wehrte
und sagte, sie solle das unterlassen, bekam mein Vater die
Konsequenzen zu spüren. Als wir Kinder in die gleichen Gymnasien

Lebens) eigentlich als höchstes Gut zu achten wäre.

Wir müssen daher auch einen neuen ethischen Schlüssel finden, wie die Rohprodukte, die die Erde uns gibt, in ihrem Wert zu kalkulieren sind, um die Komponenten der Preiskalkulation errechnen zu können. Dazu brauchen wir die 2. Gesetzesänderung:

2. Natürlichkeitsvorrangregel

Lebewesen

haben Vorrang vor Maschinen.

Natürliche Produktionssysteme haben Vorrang vor
künstlichen Produktionssystemen.

Natürliche Produkte haben Vorrang
vor künstlichen Produkten.

Natürliche und kleine Mischkulturen haben Vorrang
vor großen Monokulturen.

Wenn wir zu der Einsicht gelangen, dass alles, was natürlich wächst, uns selbst und der ökosozialen Lebensgemeinschaft am besten dient, dann finden wir zurück in das große Geheimnis des gesunden und harmonischen Lebensstromes und lernen uns aus diesem zu nähren. Die Natur zeigt uns alles, was wir brauchen. In den universellen Naturgesetzen steckt das Wissen um die Lehre der Harmonie und des gesunden Wachstums. Dieses Wissen ist ein ganzheitliches Wissen. Es ist das eigentliche humanistische Erbe, das wir achten und wertschätzen sollten und das uns gute Dienste erweist.

WIRTSCHAFT IST DER WERT, DEN WIR GEMEINSAM SCHAFFEN

Was bedeutet das? Es bedeutet, dass Wirtschaft eben zum Wohle der Menschen und Lebewesen im Einklang mit der Natur funktionieren soll und kann. Wenn es zum Beispiel zu wenig Arbeitsplätze gibt, um Menschen ihr Recht auf bezahlte Arbeit in einer Gesellschaft zu geben, dann müssen eben Maschinen abgeschaltet werden, statt Menschen in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Wer sagt, dass wir unsere Fahrkarten aus einem Automaten herausdrücken müssen, nur damit Manager der Bundesbahnen mit Millionenabfertigungen in Pension gehen können? Wer sagt, dass kleine Bauern den großen Industrieagrarkonzernen ebenso weichen müssen, wie kleine regionale Betriebe den großen Ketten weichen müssen? Wer sagt, dass Parkhausbetreiber Unsummen verdienen dürfen, vor allem vor Krankenhäusern und öffentlichen Arbeitsstellen, zu denen die Menschen hinfahren müssen, ohne dass sie dort auch nur einen Arbeitsplatz schaffen oder irgendetwas Vernünftiges für das Gemeinwohl erbringen? Wer glaubt, dass es gerechtfertigt ist, Tiere in Massenställen zu halten und nur noch mit Maschinen zu füttern und zu schlachten, ohne die Würde und menschliche Zuwendung, die auch den Tieren zusteht? Gesetze, die so etwas erzwingen, sind unsozial und können nur durch eine sehr schlechte Politik entstanden sein. Wir müssen die dumme Lüge, der freie Markt regle alles von alleine, zurückweisen. Denn es gibt keinen Markt ohne Gesetze! Der Markt ist niemals frei, sondern funktioniert immer unter den Gesetzen, die ihn beherrschen. Die Europäische Union ist Meister im Erlass von Gesetzen und Vorschriften. Es sind tausende Paragraphen, die da erschaffen werden und in der Union soll alles

kontrolliert, dokumentiert und bis ins kleinste Detail geregelt werden. Wo ist da ein freier Markt? Es gibt keine freie Marktwirtschaft in der Zivilisation.

Aber wir können unser Denken ändern und wir können alle Verträge und alle Gesetze ändern. Es liegt in unserem menschlichen Willen, unserer Bewusstheit und unserer Liebe zu uns selbst, zu unseren Kindern und zur Natur dieses Umdenken nun vorzunehmen und die Systeme Schritt für Schritt wieder zu harmonischen Lebenswertsystemen umzugestalten. Das ist Aufgabe der Bürgerdemokratie, die von innen heraus und in den kleinen Bausteinen sich in konzentrischen Kreisen entfaltet, beginnend bei der Regionalebene. Wir sollten niemals vergessen, dass in der Demokratie der Wille vom Volk auszugehen hat. Daher müssen die Bürger aktiv und eigenverantwortlich in alle Wirtschaft- und Arbeitsprozesse und auch in alle anderen Politiken eingebunden werden. In der Republik ist es das Recht der Menschen, unter eigenen Gesetzen zu leben. Somit ist es auch das Recht der Menschen Wirtschaftsgesetze, Gesetze über Firmenstrukturen, Löhne und Gewinne, Steuern und Abgaben mitzugestalten und mitzubestimmen. Es muss bereits in den Firmen eine demokratische Struktur der Mitbestimmung aufgebaut werden. Demokratie ist wahrlich mehr, als alle paar Jahre ein „Analphabetenkreuzerl“ auf einem Stimmzettel zu machen und einer Oligarchie einer präpotenten Herrscherelite die freie Handhabe zu überlassen.

Die Prämisse, dass Lebewesen Vorrang vor Maschinen haben sollen, natürliche Produktionssysteme Vorrang vor künstlichen, und natürlichen Produkten Vorrang vor künstlichen Produkten einzuräumen ist, im Einklang mit direkter Bürgerdemokratie, würde in kurzer Zeit ein wohltuendes Gleichgewicht wiederherstellen. Die Weichenstellung dorthin muss durch gut durchdachte Gesetze und ein völlig neues Steuersystem erwirkt werden.

STEUERN UND VERWALTUNG

Es ist nicht das Recht des Staates, beziehungsweise einer Herrschaft oder Regentschaft jeglichen Lohn des Menschen und jeglichen zwischenmenschlichen Austausch zu kontrollieren und zu besteuern. Die Menschen sind frei. Sie dürfen demnach auch frei über ihren Lohn verfügen. Nur die Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit, also die Solidarität verlangt es, einen Teil des Lohnes abzugeben, um Menschen damit zu unterstützen, die nicht in der Lage sind einen eigenen Lohn zu verdienen. Auch Infrastruktur darf nicht so einfach den Menschen „aufgezwungen“ werden, sondern bedarf demokratischer Legitimation.

Ich bin daher der Meinung, dass komplizierte Steuer- und Lohnsteuersysteme grundlegend überarbeitet werden sollten. Reduktion, Vereinfachung und Transparenz sind angesagt und schieben auch jeglichem Missbrauch einen Riegel vor. Denn je komplizierter ein System ist, umso mehr Schlupflöcher schafft es für geschickte Gauner, und umso mehr Unschuldige können sich naiv in den Maschen verfangen. Unübersichtliche Steuersysteme schaffen Abhängigkeit und nicht Freiheit. Sie sind zudem ungerecht, da sie Menschen benachteiligen und bevormunden, die keine höhere Bildung haben.

Steuern dienen zwei Zwecken: Sie dienen dem Aufbau und der Erhaltung der Infrastruktur und sie sichern die sozial schwächeren Menschen, Alte und Kinder ab. Wenn sich die Lohnstruktur (Gewinnausschüttung) gemäß der Proportia Divina ändert und im Preis eines Produktes Löhne und die Mehrwertsteuer, die für den Aufbau und Erhalt der Infrastruktur benötigt wird, gekonnt einkalkuliert sind, dann könnte die Lohnsteuer sehr vereinfacht werden. Es sollte Menschen auch erlaubt sein, sich frei etwas zu verdienen, ohne an den Staat abliefern zu müssen und ohne in allen

privaten Bereichen einer Staatskontrolle unterworfen zu sein. Das würde die Fleißigen und Hilfsbereiten tatsächlich belohnen und die Freiheit und Eigenverantwortung stärken. Wenn die Menschen gut genug verdienen, dann können sie eben auch anständig für das bezahlen, was sie tatsächlich benutzen. Ich denke der Schlüssel sollte ein gut ausgewogener sein. Eine öffentlich, für alle frei zur Verfügung gestellte Infrastruktur mit Bildung und sozialer Absicherung muss im rechten Maß stehen, zu dem was Menschen direkt bezahlen müssen. Ein guter Verdienst ermöglicht es Benutzungsgebühren zu zahlen, für individuelle Vorlieben. Es muss auch bedacht werden, dass das Verhältnis von Steuern und deren Verwaltung nicht aus dem Ruder läuft. So wie es jetzt ist, ist es untragbar und die Verwaltung und Bürokratie ist weit aus dem Ruder gelaufen!

Mit der Europäischen Union müssen wir zusätzlich zu unserer Bundesregierung, Landesregierung, zu den Bezirksebenen und Gemeindeebenen den ganzen wuchernden Aufwand der Unionsregierung zahlen. In Brüssel entsteht eine eigene luxuriöse EU-Verwaltungsstadt! Wenn man sich die protzigen Glaspaläste ansieht, die da entstehen, die Experten und Gremien, die bezahlt werden, die reiselustigen Mandatare und Regierungsmitglieder mit ihrem Tross an Bodyguards und Securityabsicherungen, die Dienstwohnungen und Diäten, dann muss man sagen, dass die Höflinge vor der französischen Revolution eine eher bescheiden anmutende Bourgeoisie darstellten. Steuern haben dem Volk zu dienen, indem sie soziale Leistungen und Infrastruktur aufbauen. Die Verwaltung der Steuern darf daher nicht ein Beamtenheer bilden, das den größten Teil der Steuern gleich selbst auffrisst.

Gerade daher ist es nötig, dass der Staat keine totale Kontrolle über seine Bürger anstrebt, auch keine totale Besteuerung und Kontrolle aller bürgerlichen Aktivitäten vornimmt. Denn tut er das, handelt er entgegen der Freiheit der Bürger. Es ist nicht das Recht

des Staates und der Staatsdiener sich zu Herrschern aufzuschwingen, auf alles und jedes Gebühren aufzuschlagen, denn dies ist gegen die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger! Das Steuersystem muss so konzipiert sein, dass die Steuereinnahmen an sich wieder in einer gesunden Proportionalität zur Verwaltung stehen, wobei die Verwaltung der Steuern einen bestimmten Prozentsatz nicht überschreiten darf. Die ganze Verwaltung und Bürokratie schreit nach radikaler Vereinfachung und Transparenz. Ebenso die Justiz! Seit Maria Theresias Reform wurden in unsere Gesetze tausende von Paragraphen eingefügt und angehängt. Durch die Union kommen noch unzählige neue Vorschriften und Gesetze dazu. Durch die Öffnung der Märkte und die Niederlassungsfreiheit muss nun auch das Recht von anderen Staaten im eigenen Land angewendet werden, das ergibt eine unzumutbare Undurchsichtigkeit der Rechtsgrundlage und somit wird das Recht ausgehöhlt!

Es hat sehr lange gedauert, bis alle Menschen bei uns schreiben und lesen lernten, um Gesetze verstehen zu können. Nun wurden aber eine eigene Juristensprache und eine Wirtschaftssprache durch einen codierten Paragraphenschunzel eingeführt und den Menschen wird wieder jegliche Einsicht und Transparenz entzogen. Schon wieder werden die Menschen abhängig gemacht. Die komplizierten Gesetze und Verordnungen erzwingen eine neue Abhängigkeit von einer Garde von Wirtschaftsberatern, Steuerberatern, Finanzberatern, Versicherungsberatern, Rechtsanwälten, Steuerprüfern und sonstiger Beamter. Diese schlaue Garde schafft sich einfach ihre Jobs und diktiert den Menschen, die keine Wahl haben, ihren Stundensatz! Die Ausrede, dass die Konkurrenz dieser Gruppe untereinander den Preis regelt, ist ebenso eine faule Lüge, wie eben die Behauptung, dass die Energiewirtschaft sich durch Konkurrenz regelt. Abgesehen davon, dass Konkurrenz zur Minusspirale gehört und nicht regelt, sondern Druck ausübt. Druck ist aber etwas ganz anderes als eine

bewusste gute Regelung, die eben Vernunft, Liebe und soziales Denken voraussetzt, gemäß des kategorischen Imperativs.

Es ist eine Frechheit den Menschen immer so dumme Ansichten zu präsentieren. Diese Politik steht im Widerspruch zum guten europäischen, humanistischen Kulturerbe. Wir könnten doch wahrlich mehr, als so eine unzureichende Politik zu machen, wenn wir endlich die Systeme ändern.

Ein soziales System hat keine Würde und wenig Intelligenz, wenn es die Menschen nach Strich und Faden kontrollieren und strafen muss und sie zu Bittstellern vor den Amtstüren in der Warteschlange erniedrigt. So ein System ist ganz einfach schlecht. Das ist entgegen der Würde des Menschen, der ein Recht hat, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu leben! Würde die moderne Gesellschaft den Auftrag, die Würde des Menschen zu schützen, ernst nehmen, müssten wir das System so einfach und klar gestalten, dass jeder Mensch damit eigenverantwortlich umgehen kann, ohne von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Beamten abhängig zu sein.

Das System der Steuern und der Verwaltung braucht eine grundlegende Vereinfachung! Ebenso ist es notwendig vom Parteienpolitiksystem abzuweichen, zugunsten direkt demokratischer Bürgermitbestimmung. Auch wenn Menschen Steuern abliefern müssen für das Gemeinwohl, so ist es immer noch ihr Geld! Sie sind weiterhin Bezugsberechtigte und müssen ihrerseits kontrollieren können, ob ihre Steuern auch richtig und ehrlich eingesetzt, verteilt und verwaltet werden, gemäß dem demokratischen Willen der Gemeinschaft!

Das bedeutet, es sollte unbedingt eine Reduktion und Vereinfachung der Systeme erwirkt werden und zur Proportia Divina sollte noch das Regulativ der vice versa Kontrolle hinzukommen. Steuern sollten wieder zweckgebunden eingehoben werden und die Bürger ein Mitbestimmungsrecht haben, also ein Abstimmungsrecht, um den

Einsatz ihres Steueraufkommens mitzubestimmen und kontrollieren zu können. Steuern in Bausch und Bogen einzuheben, in einen Topf zu werfen, fünfundzwanzigmal umzurühren und dann mit dem Schöpflöffel der Willkür und des Gutdünkens die Gabe auszulöffeln, bei schlechtem Wirtschaften dann auch noch dem Bürger Kreditlasten als Volksverschuldung aufzubrummen, dieser entgegen jeder unternehmerischen Vernunft und Weitsicht agierenden überheblichen Willkürpolitik muss dringend Einhalt geboten werden.

Steuergeld gehört eben nicht den Parteien, nicht den Ministern, nicht dem Kanzler und schon gar nicht gehört unser Steuergeld der Europäischen Union. Es gehört immer noch und ausschließlich allen österreichischen Bürgern! Regierungsmitglieder und Beamte müssen einem gut durchdachten demokratisch vom Bürger mitbestimmtem Leistungs-, Verantwortungs- und Lohnprinzip unterstellt werden und es sollte eine Bürgerkontrolle ermöglicht werden.

Vorrangig gilt auch hier, dass direkte Demokratie in kleinen Kreisen und von innen heraus neu aufgebaut werden soll. Wenn die kleinen Zellen funktionieren, transparent sind und Mitsprache ermöglicht wird, dann funktionieren ja auch die größeren Einheiten, denn diese werden ja von den kleinen gebildet. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass wir nicht nur eine Regierung wählen, schon gar nicht nur einige Parteien wählen, sondern dass Wahlen viel komplexer und transparenter gestaltet werden in mehreren Wahlgängen. Zum Beispiel ein Punktesystem würde es dem Wähler ermöglichen seine Stimme zu gewichten und die Punkte auf die Parteien und Namenslisten und mittels Vorzugsstimmen auch auf einzelne Mandatare aufzuteilen.

DAS 10 PUNKTE-WAHLSYSTEMS:

Zehn Punkte sind eine Vollstimme und entsprechen dem jetzigen „X -Kreuzerl.“

Der Wähler kann seine 10 Punkte unter allen antretenden Parteien oder Bürgerlisten aufteilen. Die Summe der vergebenen Punkte darf 10 nicht überschreiten.

Die Summe der vergebenen Punkte kann aber 10 unterschreiten. Die Punkte werden zu Vollstimmen aufgerechnet.

Vorteile des 10 Punkte-Systems:

Das bisher gültige Wahlsystem fordert den Wähler auf, eine polarisierende Entscheidung zwischen den Parteien zu treffen. Dies entspricht einer »entweder – oder« Politik und signalisiert Gewinner und Verlierer, spiegelt also Gegnerschaft wieder.

Das 10 Punkte System ermöglicht dem Wähler eine komplexe und sachbezogene Wahl. Er kann mit seiner Punktevergabe sehr genau zeigen, welches Parteiprogramm ihm wie wichtig ist. Dies entspricht einer »sowohl – als auch« Politik und fordert zu einem lösungsorientierten, konstruktiven, demokratischen Teamwork auf.

Weitere Vorteile für den Wähler:

Keine polarisierende machtpolitische Lagerbildung „rechts“, „links“ und Ende der Hetze.

Neue Motivation für den Wähler.

Stärkeres Demokratiebewusstsein.

Sachbezogene Entscheidungsmöglichkeiten.

Gezielte Verteilung der politischen Kräfte.

Auch Interessen von Minderheiten können berücksichtigt werden. Ein Klima von Miteinander, Fairness und Loyalität.

Vorteile für Politiker und Parteien:

Möglichkeit differenzierte zukunftsorientierte Schwerpunkte zu setzen.

Sachbezogene (statt machtorientierte) Profile.

Besseres Teamwork und positives Klima zwischen den Parteien.
Positiver Parlamentarismus. Mehr Koalitionsmöglichkeiten.
Diplomatie mit Gefühl und Vernunft.
Eine echte Chance für kleine Parteien gewählt zu werden.



10 Punkte-Fairplay im Team

Gemäß dem Ergebnis werden dann die Parlamentssitze verteilt. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist, dass viele Menschen von der Politik so enttäuscht sind, dass sie keiner Partei mehr ruhigen Gewissens eine Vollstimme geben können. Viele Menschen gehen daher nicht zur Wahl, was die Demokratie aushöhlt. Gibt man den Menschen die Möglichkeit ihre Stimme mittels Punktesystems zu teilen, so können sie starke Akzente setzen und würden die Parteien zwingen sich klarer zu definieren in ihren Plänen. Zweite Kontrollwahlgänge, vor allem zum Budget, könnten sehr interessant werden, um die direkte Bürgerdemokratie nachhaltig aufzubauen. Kleine Parteien und vor allem Bürgerlisten mit echten Sachthemen würden eine Chance bekommen. Damit wäre dem dummen Populismus, der niveaulosen Wahl-Sloganpolitik und vor allem der Hetze „rechts gegen links“, oder „links gegen rechts“ Einhalt geboten. Die Menschen würden nicht mehr in politische Lager eingefangen werden. Eine Möglichkeit, dem Bürger ein weiteres Mitspracherecht bei der Regierungsbildung einzuräumen, wäre ein zweiter Wahlgang, um über die Haushalte nochmals abzustimmen. Das heißt, das Haushaltsbudget ist ja eigentlich die wichtigste Komponente, die das Wesentliche an der Politik und für das Volksvermögen ausmacht. Es sollte daher so eine Abstimmung geben! Der zweite Wahlgang würde dem Bürger

Kontrolle ermöglichen. Er kann so seine Zustimmung oder seinen Unwillen konkret ausdrücken und eine bessere Politik erzwingen. Die neue gewählte Regierung müsste, bei derzeit fünf Jahren, einen Haushaltsplan für zweieinhalb Jahre vorlegen. Die Opposition sollte ebenfalls die Möglichkeit bekommen einen Haushaltsplan vorzulegen und das alles nach Ministerien und Resorts streng getrennt. Es sollten komplexe Bürgerabstimmungen über den Haushaltsplan durchgeführt werden. Die Regierungen müssten sich tatsächlich anstrengen. Denn nun wäre es sogar im zweiten Wahlgang möglich, dass der Bürger einen Haushaltsplan der zuvor gewählten Regierung stürzt, wenn sie beispielsweise falsche Wahlversprechungen abgegeben hat. Dieser zweite Wahlgang wäre eine echte Weichenstellung hin zur direkten Bürgerdemokratie. Es könnte also sein, dass zum Beispiel im Bereich Bildung, die Opposition dem Bürger einen brauchbareren Haushaltplan vorlegt als die Regierungspartei. Somit bekäme auch eine kleine sachbezogen arbeitende Oppositionspartei oder Bürgerliste die Chance vom Bürger in ein Ministerium berufen zu werden. Postenschacher und Machtpründe würden zurückgedrängt und unter die Kontrolle der Bürger gebracht werden.

Ja, dann ist es aus, mit der „*abgekarteten Koalitionswirtschaft*“, wie sie von Rot, Schwarz jahrzehntelang betrieben wurde. Denn der Bürger bestimmt mit. So würde auch der Parteienoligarchie eine echte Bürgerinstanz entgegengehalten werden. Der zweite Wahlgang würde tatsächlich sachpolitische Entscheidungen dem Bürger übertragen und der Bürger könnte tatsächlich kontrollieren und mitbestimmen, wohin sein Geld fließt! Beispielsweise eine Bürgerinitiative der Studenten und Lehrer bekäme die Chance, die Bildung selbst in die Hand zu nehmen. Profis könnten so in Ministerien Eingang finden, ohne dass sie sich jahrelang einem parteipolitischen Spießrutenlauf mit all den politischen Intrigen aussetzen müssen.

In zweieinhalb Jahren müssten die Minister und Ministerien sich

beweisen, um von den Bürgern den Zuschlag für das nächste Haushaltsbudget zu bekommen.

Es sind dies keine Rezepte. Es sind nur Gedanken, von denen ich hoffe, dass sie auch anderen Menschen und Bürgern als Anregung dienen, um eine Transformation des Systems in die Wege zu leiten. Wir sollten offen sein für neue Wege und neue Gedanken und nicht sofort Schranken vorsetzen und behaupten, es ginge nicht. Denn, wer einen Weg nicht geht, kann nicht wissen, ob der Weg ihn ans Ziel bringt oder nicht. Wir müssen den Mut haben Pioniere zu sein, also Wegbereiter der neuen Zeit. Eine einseitige demokratische Struktur, wie wir sie jetzt jahrzehntelang lebten, führt eben dahin, dass die Parteien sich zu feudalen Oligarchien aufblähen und die Zustimmung der Menschen missbrauchen. Der Bürger muss die Regierenden kontrollieren und dazu muss das Wahlsystem Urnengänge der Kontrolle zwischenschieben, damit vice versa die Demokratie funktioniert. Nicht nur die Verwaltung hat den Bürger zu kontrollieren. Auch der Bürger hat das Recht die Verwaltung zu kontrollieren und auch zu beschränken.

DAS NEUE FINANZSYSTEM

Seit die Zentralbanken privat gelenkt sind und über die Regierungen bestimmen, wird die Menschheit immer tiefer in Schuld und Abhängigkeit geführt. Aus meiner kosmologischen und energetischen Arbeit weiß ich, dass „Schulden“ immer mit „*unbewussten Schuldgefühlen*“ zusammenhängen. Über viele Jahre konnte ich in der Arbeit mit Menschen immer wieder den Zusammenhang von verdrängten Schuldgefühlen und Geldschulden beobachten. Oft wurden Men-

schen bis in den Konkurs getrieben, falls sie nicht zuvor an einer Krankheit starben, die ebenso vom Existenzdruck, wie Schuldgefühlen und der Angst zu versagen und zu scheitern, ausgelöst wurde. Es hat immer so funktioniert, dass jene, die es verstanden den Menschen Angst einzujagen, ihnen Schuldgefühle aufzwingen, sie zu Schuldigen machten und Zinsen und Ablasszahlungen verlangten. Wer Menschen in die Angst treibt, Klimaangst, Existenzängste, Arbeitsplatzverlustangst, Weltuntergangsszenarien, Pandemieängste und Krankheitsängste verbreitet, der versteht es, Menschen von sich abhängig zu machen. Mit Angst und Schuldgefühlen wird den Menschen Geld abgezockt und sie werden zu Untertanen und Sklaven degradiert. Ja, sie werden durch zermürbende Propaganda gefügig gemacht, um sie in all die Fallen zu treiben, die der Despotismus der modernen Zeit aufgestellt hat. Angst erzeugt Abhängigkeit und Schuldgefühle. Schuldgefühle erzeugen Schulden.

Es kann aber gelingen, Menschen von all den Ängsten zu befreien und ihre Bewusstheit und Eigenverantwortlichkeit zu wecken. Wir können Menschen in ihren Existenzsorgen abholen und können sie aus der Zwickmühle von Angst, Schuldgefühl und Schulden herausbegleiten, wenn wir die politischen Strukturen verändern und die Gesetze der Finanzmärkte neu regulieren.

Wir müssen wissen, dass das ursprüngliche Kreditsystem eben kein Schuldsystem war. Das Wort Kredit kommt vom lateinischen Wort „*creditum*“ und das heißt auf Treu und Glauben jemanden Geld anvertrauen. Missbraucht einer der Beteiligten die Tugend der Treue und des Glaubens an die gegenseitige Abmachung, so gerät er in Misskredit. Das ursprüngliche numismatische Kreditprinzip war frei von Schuld und Wucher-Zinsen. Es war nichts anderes als ein gemeinsames Geschäft, das zwei Personen eingingen, jeder mit eigenem Risiko. Im Grunde genommen bedeutete es so etwas wie eine Geschäftspartnerschaft einzugehen. Der eine arbeitet und bringt eben

seine Arbeitskraft ein, der andere stellt die finanziellen Mittel zur Verfügung. Ist das Geschäft erfolgreich, wird der Gewinn geteilt: Der eine erhält seinen Lohn, der andere eine Gewinnprozentausschüttung, die Zins genannt wurde. Da es eindeutig dem Geschick desjenigen, der arbeitete, zu verdanken war, wenn ein Geschäft gut ging, wurde der Gewinnanteil des Geldgebers durch den Zins eben fixiert, oder es wurde ein Spielraum von minimaler bis maximaler Gewinnausschüttung von Anfang an fixiert. So hatte der Geldgeber keine Mühe, einen guten Zinsertrag und ein geringes Risiko. Derjenige, der arbeitete, hatte gute Chancen auf guten Verdienst. Ausbezahlt, also zurückgezahlt wurde der Kredit nur, wenn das Geschäft aufgelöst wurde, verkauft wurde oder wenn eben die Partner sich trennten und beispielsweise ein anderer Kreditgeber in das Geschäft einstieg. Der Geldgeber hatte kein Recht die Tilgung des Kredites zu verlangen. Er gab ja das Geld, statt selbst zu arbeiten. Es war sein Einsatz und er hatte kein Recht die Zinsen anzuheben. Kam es zu einem Verlust, so trugen ihn beide, beziehungsweise erlitten ihn beide. Führte der Verlust zur Auflösung des Geschäftes, dann teilten sich die Partner das, was übrig blieb, wobei auch jener, der das Geld gab, einen Verlustanteil eben einstecken musste, ebenso wie jener, der arbeitete. Zuvor hatten beide verdient, der eine durch Lohn der andere durch Zins.

Das heutige Geldsystem arbeitet aber nicht mehr mit real abgesichertem Geld, sondern Geld wird willkürlich in Umlauf gebracht durch Kreditvergaben. Geld bekommt erst dadurch seinen Wert, da es als Kredit verliehen wird. Dabei wird aber nur der Nominalwert des Kredites als realer Geldenergiewert geschaffen. Die Zinsen bleiben immer als ungedeckter Überhang bestehen. Daher hat man versucht, mittels Wirtschaftswachstum die überhängenden Zinsen zu erwirtschaften. Aber es gibt keine ins Unendliche wachsende Wirtschaft! Und es darf sie auch nicht geben, denn sie raubt unseren Planeten aus und verschmutzt alles durch überflüssige Produktion.

Dieses heutige Finanzsystem ist eigentlich gänzlich unbrauchbar.

Dass heute die Geldgeber immer gewinnen, ist eine Kasino-Bankstrategie und hat mit dem numismatischen ursprünglichen Kreditsystem nichts mehr zu tun. Ein Schuld- und Schuldensystem wurde es mit Gründung der Banken als Institutionen. Gerade das britische Königshaus und andere Herrscherhäuser haben sich darauf spezialisiert und einige bürgerliche Familien, wie beispielsweise der Rockefellerclan. Mit der Institutionalisierung der Finanzgeschäfte als eigener Geschäftszweig kamen Macht, Gier, Schuld, Spekulation und unlauterer Wettbewerb in großem Stile auf. Seit die vorwiegend in privatem Besitz befindlichen Weltbanken nun auch noch das einträgliche Geschäft entdeckt haben, ganze Staaten und Volkswirtschaften zu ihren „*Schuldner*“ zu machen und in die Klemme der Kreditwickmühle zu bringen, erleben wir nach einigen Jahrzehnten immer wieder die Enteignung der arbeitenden Bevölkerung. Es ist empörend, dass die Union diesem System der Ungerechtigkeit in großem Stil dient!

Die Nationalbanken gründen eine neue Währung, drucken Geldscheine und legen Leitzinsen für das Geld fest. Dieses Geld ist aber zunächst völlig wertfrei, beziehungsweise wertlos. Es ist nichts weiter als ein Papier, das einen Namen trägt und eine Zahl als Wert angibt. Zum Beispiel zehn, zwanzig, fünfzig, hundert Euro. Die Banken stellen das Geld den Menschen zur Verfügung für ihre Geschäfte, oder indem sie ihnen einen Kredit geben. Das bedeutet, sie gehen mit den Menschen ein Geschäft ein.

Der Großteil der Geldgeschäfte ist heute kein reales Geldgeschäft mehr, sondern ein rein rechnerisches. Früher war es üblich, alle Geschäfte mit realem Geld abzuwickeln und die Geldscheine und Münzen tatsächlich zu tauschen. So bekamen die Arbeiter und Angestellten am Ende des Monats dann ein Säckchen mit Geld, also ihren Lohn, den der Chef zuvor genau ausgezählt hatte. Daher

kommen die Begriffe Zahltag und Geld einsacken, also in einen Sack geben. Der Begriff bedeutet dabei aber nicht für sich selbst Geld einsacken, wie es heute gemacht wird, sondern eben für den Angestellten und Arbeiter den Lohnsack auffüllen und übergeben.

Heute wird aber den Menschen nicht mehr direkt und mit einem Handschlag und Dankeschön, mit ehrlichem Blick in die Augen, das Geld, der Lohn übergeben. Die Chefs entziehen sich dieser Peinlichkeit, der Putzfrau für den Hungerlohn in die Augen schauen zu müssen und ihr die Hand zu reichen. Täten die Konzernmanager es, würde sich vielleicht da oder dort das schlechte Gewissen regen und sie müssten sich schämen. Sie müssten vielleicht darüber nachdenken, in welcher Relation der Lohn, den sie geben, zu dem steht, was sie sich selbst herausnehmen aus der gemeinsamen Leistung der Belegschaft der Firma.

Ganz unfair werden die Menschen heute gezwungen ein Konto bei einer Bank zu führen, die nicht demokratisch geführt wird, ansonsten bekommen sie keine Anstellung mehr. Das ist entwürdigend, denn die Chefs schieben die Angestellten ohne Dank, ohne Handschlag ohne monatliche Wertschätzung ab in die Anonymität einer Kontonummer!

Damit beginnt schon das Schuldgeschäft. Denn die Bank zwingt sich Kunden herbei. Eigentlich macht ja die Bank sich schuldig, trotzdem verstehen diese es so geschickt den Menschen Schuldgefühle aufzubrummen. Jedes Mal, wenn jemand sich Geld von der Bank holt, spürt er die Macht. Die Banken zeigen ihm, dass nicht er der berechtigte Besitzer des Geldes ist, sondern tun so, als schulde er ihnen etwas, alleine schon dadurch, dass er seinen Lohn bei ihnen abholen muss. Die Bringschuld des Lohnes, die beim Chef liegt, wird plötzlich zur Holschuld des Arbeiters oder Angestellten. Freilich umgarnen und hofieren die Banken anfangs einen Neukunden. Kontoüberziehungsrahmen und Kredite werden angeboten. „Leisten

sie sich doch etwas“, wird schon den Jugendlichen und Studenten gesagt und schon sitzt der Mensch in der Falle. Denn schnell hat er das Konto überzogen und die Schuldgefühle erwachen! Bald ist der Kunde ein Abhängiger und muss um Kontoführungsgebühren feilschen und um Überziehungszinsen, falls er das Konto überzogen hat und über Sparzinsen, falls er sparsam ist und sein Geld nicht gleich verbraucht. Die Überziehungszinsen sind hohe Zinsen die Guthabenzinsen sind niedrig. Denn wie alles ist eben auch der Wert des Geldes vergänglich.

Argumente gibt es viele für die gängige Finanzmarktstrategie. Ein Teil ist Wahrheit ein Teil ist Lüge. Die Lüge hat immer den größeren Teil und frisst sich in die Seele und der Bankkunde – nicht der Belohnte (Lohnempfänger) wohlgemerkt, nein der Bankkunde fühlt sich schlecht. Oft wird er über den Tisch gezogen. Das Kleingedruckte kann er zwar lesen, aber oft eben nicht verstehen. Die Union ist gerade dabei, eine neuerliche Deregulierung des Finanzsystems durchzuführen. Zum Schutz des Kunden wird behauptet, doch das ist nur eine Ausrede und nur zum Teil wahr. Tatsache ist, dass selbst der Ermessensspielraum und die Eigenverantwortung der Bankangestellten völlig dereguliert werden und die Macht einzig und allein zentralistisch in die Hände der Finanzelite überschrieben wird, die bereits weltweit im Zusammenspiel mit großen Konzernen die Gesetze diktiert.

Dieser Übermacht ist der einzelne Mensch ausgesetzt und er fühlt sich schlecht dabei. Der Bürger will sich als moderner Mensch natürlich nicht eingestehen, wie unterdrückt er ist. Es tun ja alle so, als wäre das System in Ordnung. Lieber niemandem sagen, dass man reingelegt wurde, welche Schmach! Irgendwie kommt man sich immer blöd vor bei der Bank; also Scham, Schuldgefühle und Bücklinge machen. Bittsteller vor der Amtstür der Geier, die sich den Lohn aller Menschen unter die Krallen gerissen haben. Ein todsicheres Geschäft, weil

ja jetzt jeder eine Bank und ein Konto braucht.

Aber wohl gemerkt, es geht nicht darum, Banken und Konto abzuschaffen. Das Konto ist natürlich nicht schlecht, es ist ja praktisch. Auch die Bank an sich ist nicht schlecht. Sie ist praktisch und eben ein Dienstleister. Schlecht ist die Finanzmacht! Schlecht sind die Gesetze, die die Finanzspekulationen erlauben. Schlecht ist die Gesetzgebung der Europäischen Union, die alles dereguliert und durch die Einführung einer unvernünftigen Freizügigkeit demokratische und nationalstaatliche Regulation der Märkte verhindert. Die Finanzmacht ist allgegenwärtig, sie ist spürbar und völlig unberechtigt im ethischen Sinne.

Die Politik und die Justiz haben versagt. Sie erlaubten eine Flut von deregulierten Finanzgesetzen, die nicht Recht sind, sondern Schande. Ekelhaft, schmierig und dunkel ist das ganze derzeitige Finanzsystem. Die Union hat es nicht verbessert, nein sie hat es weiter dereguliert und sogar die Währungen und deren Kontrolle den Mitgliedsstaaten entzogen und dem privaten Weltbankenkartell zugeführt, das nun die Volksvermögen ausraubt. Angst und Schuldgefühle stehen als Wächter und bewachen das Konto des Angestellten und Arbeiters. Das Geld ist für viele Menschen nicht mehr Lohn, es ist nicht Freude, es ist nicht frei, da es nicht gerne gegeben wird. Besonders schlimm wurde es, als die Banken gänzlich davon abgingen, Kredite als Geschäftspartner in Treu und Glauben zu vergeben und sich tatsächlich an den Geschäften zu beteiligen. Denn die Banken gewöhnten sich so sehr an das viele Geld, das durch ihre Hände ging, dass sie meinten, es sei IHR Geld und IHR Besitz. Doch das ist es nicht.

Geld, das die Nationalbank druckt, ist das nominale Treuhandvermögen einer Volkswirtschaft, die an ihre eigene Wirtschaftskraft als Volksgemeinschaft glaubt. Es ist also das Vertrauen, das ein Nationalstaat in die eigene Volkswirtschaft, in die Redlichkeit und Fleißigkeit seiner Bürger hat. Das Pfandrecht, das das Geld absichert, das die Nationalbank in Umlauf bringt, ist ja die Arbeit und Leistung der Bürger und eben auch

die Leistung, die mit Hilfe der Gaben der Natur, der Bodenschätze und der Land- und Forstwirtschaft erbracht wird. Der Bank gehört dabei als Eigentumsbesitz nur der Anteil, den sie wie jeder andere Geschäftsmann auch, als Lohn für die Dienstleistung verdient und dieser Anteil sollte gemäß der Proportia Divina geregelt sein. Alles andere ist nur Geld, das der Bank anvertraut wurde, und ist somit Volksvermögen. Der Wert des Geldes wird von den Menschen getragen und das Geld gehört immer jenen Menschen, deren Währung es ist.

Und da liegt die zweite große Schuld der Banken, der Finanzmarkt-elite und auch der Europäischen Union, die Finanztransaktionen völlig aus der Hand und somit aus der Regulation der Nationalstaaten gerissen zu haben. So werden den Menschen Volksvermögen und Währung geraubt. Das ist der beispiellos frechste und korrupteste Schachzug, den Herrscher gegen ihre Völker verschuldet haben! Es ist die moderne Versklavung der Menschen. Wenn wir die Unsummen der Staatsverschuldungen der letzten Jahrzehnte ansehen, sehen wir, wie aus freien Bürgern Untertanen und Schuldner gemacht werden!

Aber die Bürger sind eigentlich nicht die Schuldner! Denn das Gegenteil ist ja der Fall. Die Schuldigen sind die Finanzmarktstrategen, die die Gesetze schreiben, sie haben sich schuldig gemacht! Die Konzerne begannen damit und allen voran die Ölkonzerne. Sie erließen das Gesetz, dass Erdöl nur in Dollar bezahlt und gehandelt werden kann. Sie zwangen so anderen Ländern ihre Währung auf und damit ihre Finanzgesetze in einem groß angelegten globalen Raubzug! Das ist Unterwerfung.

Nun, wir wissen schon, die Gründer der Banken, die Gründer der Konzerne und der institutionalisierten Macht waren die schlaunen Herrscher und sie hatten einfach nicht vor, ein faires System zu gründen. Sie wollten nur ihren Vorteil. Ihr Bestreben war die Macht und leicht verdientes Geld durch Zinseszins, Wucher und Spekulation.

Außerdem haben sie ein weiteres Ziel: Alle Menschen, wirklich alle,

sollen weltweit von ihren Finanzinstitutionen abhängig sein. Um das zu erreichen, wird sogar der Geldschein verdrängt! Denn die Verlockung zur Spekulation mit dem Buchwert einer Finanztransaktion, bei der weder Ware noch Geldscheine bewegt werden, ist groß. Und brav hat die Europäische Union als Diener der Hochfinanz, der Spekulanten und Konzerne jedes Hindernis aus dem Weg geräumt. Somit ist eigentlich auch der Nationalbank die Kontrolle entzogen und es darf davon ausgegangen werden, dass Bilanzen der Banken gefälscht und frisiert werden. Die fortschreitende Deregulierung gibt den Finanzjongleuren jede Freiheit, wohingegen der normale Bürger total kontrolliert und eingeeignet wird. Jeder seiner Schritte kann beobachtet werden, wenn er mit der Kreditkarte einkauft, tankt, seine Flugtickets bucht, sein Shopping durchführt und seine Überweisungen tätigt. Wie praktisch für ein totalitäres System, seine Untertanen so gekonnt zu bespitzeln und zu beherrschen. Gegen das *New World Order Diktatorsystem* waren die kommunistischen Systeme noch geradezu harmlos.

Im Grunde sollten alle Banken entmachtet werden und unter Bürgeraufsicht stehen und nach den Regeln der Proportia Divina arbeiten, wie eben alle anderen Unternehmungen auch. Es ist Unrecht, was die Weltbanken machen. Besonderes Unrecht kommt durch die willkürliche Form hinzu, wie die Banken die kleinen Sparguthaben der Menschen verwalten. Dieses Geld wird wieder als Kredit in Umlauf gebracht. Als jeder noch einen realen Lohnsack bekam und die Geschäfte mit Bargeld abgewickelt wurden, hatte die Bank selbst wenig Geld in ihren Tresoren und sie konnte nur verleihen, was sie tatsächlich besaß. Die Banken waren also gezwungen, Rücklagen zu bilden und ordentlich zu arbeiten. Mit dem Zwang, Konten führen zu müssen, und mit der Einführung der Kreditkarten, wurde es aber möglich, das Geld nur noch als rechnerische Größe zu betrachten und nicht mehr als reale Substanz zu bewegen, sondern nur fiktiv. Buchwerte statt echter Geldgeschäfte. Die Banken begannen mehr Kredite zu verge-

ben, als Spareinlagen und reales Geld da waren. So entstanden nach und nach die ganzen Scheingeschäfte, die zu den Krisen und Zusammenbrüchen führen. Es ist hier nicht der Ort, um im Detail auf die ganze Problematik und Entwicklung des Finanzsystems¹ und der Börsen näher einzugehen, denn es würde ein eigenes Buch füllen. Es muss aber wenigstens aufgezeigt werden, dass die Schuldenpolitik in der Form nicht länger von den Bürgern akzeptiert werden darf.

Die Bürger müssen aufwachen. Sie müssen sich von den unsinnigen Schuldgefühlen befreien und sie müssen neues Selbstbewusstsein erlernen. Denn in Wahrheit gehört alles Geld allen Menschen, die zur Währung eines Landes gehören. Es ist einfach ihr Umlaufvermögen. Das Geld ist weder im Besitz der Banken noch ist es im Besitz der Regierungen oder Herrscher, noch ist es im Besitz der Justiz. Es gehört den Menschen. Geld ist eine Form, die den Austausch von Waren und Dienstleistungen, Lohn, Preis und Sozialleistungen regelt. Geld ist daher an sich keine Materie, die man besitzen kann, sondern Geld ist Idee und Energie. Diese Idee und Energie können wir positiv oder negativ, also wohlwollend und aufbauend oder abziehend und zerstörend einsetzen. Im guten Sinne ist Geld die Wertschätzung, die wir uns gegenseitig geben. Im negativen Sinne ist Geld die Herabwürdigung und die Diffamierung des Menschen.

Wir haben in den Ländern der dritten Welt immer wieder gesehen, wie Macht, Unterdrückung und Unterwerfung funktionieren. Der erste Schritt war immer, die Währung eines Landes nicht zu akzeptieren und ihm eine Fremdwährung, Dollar, Franken oder eben Euro aufzudrängen. Demokratisch gesehen haben die Menschen ein Recht, ihre eigenen Geldgesetze als Wertmaßstäbe zwischenmenschlicher Kultur selbst zu bestimmen und ihr Geld eben selbst zu drucken als eigene Währung. Denn die Menschen und Bürger, das Volk

¹ Prof. Dr. Eberhard Hamer Der Weltgeldbetrug
<http://www.youtube.com/watch?v=mHJKsgaAVvI>

gemeinsam verfügt über das Geld als Währung. Und so kann sich ein freies Volk eben auch gut mit einem anderen freien Volk in fairen Geschäften austauschen. Sind alle Menschen Sklaven der globalen Finanzelite, gibt es überhaupt keine freien Geschäfte mehr und auch keinen freien Austausch, da alles eben den Gesetzen und der Energie der Finanzherrscher unterstellt ist.

Österreicher und alle Europäer haben aber als freie Bürger ein verfasstes Recht, eben als freie Bürger Zugang zu unserem eigenen Geld, zur eigenen Währung zu bekommen und die Finanzbedingungen selbst demokratisch zu regeln. Die Menschen haben ein Recht, freien Zugang ohne Schuld und Angst zu Geld und Lohn zu bekommen. Die Korrektur der Gesetze und der Verträge muss sein; denn es ist Pflicht der Justiz, sich an das universelle Gesetz der Numismatik zu halten und die Sittengesetze und die Verfassungsrechte auch im Bezug auf Finanzgesetze sicherzustellen.

Heute wird den Menschen eingeredet, es gäbe keine Chance, als eigener Staat in einer globalisierten Welt zu bestehen. Das ist absoluter Blödsinn. Denn genau das Gegenteil ist der Fall! Nur der eigene freie Staat kann selbstbestimmt überleben. Globalisierung ist ja kein Naturereignis. Globalisierung ist gewollte Strategie und Machtpolitik. Es sind die Strategien der Mächtigen, die regionale selbstbestimmte und gewachsene gute Strukturen deregulieren, um alles der gnadenlosen Hetzjagd des Wettbewerbs in ihrer Profitgier zu unterwerfen, ohne Rücksicht auf Mensch und Natur.

Die Waren und Finanztransaktionsfreiheit der EU hat alle Schranken der Ethik beseitigt. Die Gelder, also das Vermögen der Volkswirtschaften, die in Treu und Glauben standen, werden nun zum beliebigen Spielball von Finanzjongleuren, die keine Skrupel kennen. Sie, die tatsächliche Schuld, also das Unrecht auf sich geladen haben, haben den Spieß umgedreht und schwatzen mit Hilfe der gekauften Regierungen den Menschen Schuldgefühle auf. Aber wir wissen

genau, dass sie sich die Gesetze so geschrieben haben, dass sie die Menschen bewusst in „eine Zwickmühle“ bringen. Wie beim Brettspiel Mühle. Wenn man das System beherrscht, muss man nur sicherstellen, dass man selbst den ersten Zug machen kann. Alles andere ergibt sich aus der Taktik. Die globalen Finanzplayer haben die Justiz missbraucht und so ein weltweites Brettspiel erschaffen, das alle Staaten und Volkswirtschaften dieser Erde zu ihren Hampelmännern macht. Sie plündern ohne Skrupel die Menschen und Länder aus. Das ist moderne Sklaverei und eine neue Form der Leibeigenschaft.

Jedoch, es funktioniert nur so lange, als Menschen Angst und Schuldgefühle haben. Sobald die Menschen bewusst werden und erkennen, dass den Weltbanken das Geld nicht gehört und diese auch nicht das Recht haben, sich die Gesetze selbst zu schreiben, entweicht die Macht der Hochfinanz, wie die Luft einem Ballon entweicht, dessen Ventil geöffnet wurde. Die Bürger müssen sich neue Regierungen wählen, um demokratisch neue Gesetze national beschließen zu können! Denn nur aus der kleinen Einheit heraus kann die Neuregelung kommen! Die kleine selbstbestimmte und autarke Einheit ist der Garant für Freiheit und der Gegenpol zur Machtstruktur. Dann ist das Finanzmachtspiel aus und Europa kann aufatmen und der Welt ein demokratisches Beispiel bürgerlicher demokratischer Freiheit und Selbstbestimmtheit abgeben!

Die Staatsverschuldungen bei den Weltbanken ist nämlich ein Paradoxon und völlig unnötig! Der Staat wäre an sich gar nicht berechtigt und hätte es auch nicht nötig, Bankkredite aufzunehmen. Der Staat ist ja der Währungs-(Kredit-)geber schlechthin! Denn auf Treu und Glauben stellt die Nationalbank das Geld für die eigene Volkswirtschaft aus und bringt es in Umlauf. Treu und Glauben an die Leistung des eigenen Volkes ist der Beginn des Geldkreislaufs. Der Kurswert der Währung zeigt in seinem Fallen oder Steigen, ob die Volkswirtschaft tatsächlich gemäß dieses Treuegrundsatzes

gewirtschaftet hat.

Der Staat braucht keine Privatbank! Schon gar nicht braucht er das Weltbankenkartell. Das ist ja der Betrug! Es wird uns eingeredet, dass es so sein müsse. Die Regierung hat kein Recht, die Staatskasse, also die Nationalbank, außer Landes zu geben und an eine europäische Nationalbank zu überantworten. Das ist alles Betrug an den Bürgern. Denn die gesunde Volkswirtschaft kann nur aus Regionalgeld und eigener Währung leben, die auf Treu und Glauben beruht. Die Europäische Union ist keine einheitliche Nation. Finanzexperten wie Prof. Hankel¹ haben davor eindringlich gewarnt. Die Eurolüge ist eine Schuldenfallepolitik, die eben nicht nach Treu und Glauben funktionieren kann. Erkennen die Bürger, dass sie als Volkswirtschaft keine Schuld bei der Weltbank und ihren Kartellbetreibern und Abzockern haben, da diese an unethischen Zinseszinsen längst genug verdient haben und die alten Staatskredite eigentlich längst schon zurückgezahlt sind, so erkennen sie auch, dass sie nicht länger für diese schlaun Gauner schufteten und sparen müssen. Die Bürger müssen selbst schlau werden, die Gesetze wieder selbst schreiben und sich ihre eigenen Finanzsysteme auf Treu und Glauben wieder selbst aufbauen. Dann bleiben die Machtgierigen einfach draußen stehen in ihren Steueroasen und können dort ihren Frust ausschlüpfen, wie sie wollen.

Es muss also nur sichergestellt werden, dass das neue und korrigierte bürgerliche demokratische Finanzsystem in Schwung kommt. Dann zieht es Zug um Zuge den Weltbanken und den Superreichen, die Milliardenvermögen in den Steueroasen als Treuhandgelder liegen haben, die Macht ab. Die Geldelite wollte es darauf anlegen, die Zwickmühle so weit zu treiben, bis das System zusammenkracht. Somit wären die Menschen wieder einmal völlig enteignet worden. Was ist also zu tun? Es braucht einige Schritte:

¹ Prof. Dr. Hankel - Die Euro Lüge
<http://www.youtube.com/watch?v=jq64DvAY77o>

1. Bewusstsein der Bevölkerung aufbauen, damit sie erkennt, dass sie Eigentümer des rechtmäßigen Volksvermögens ist und ein Recht auf einen eigenen Staat hat. Rückkehr zur nationalen Souveränität und Freiheit durch EU-Austritt. Schrittweiser langsamer Ausstieg aus internationalen Finanztransaktionsverträgen – Zug um Zug.

2. Wiedereinführung einer nationalen Währung, die parallel zum Euro bereits im neuen demokratischen, bürgerlichen System abgesichert ist.

3. Gründung eines neuen dualen Banksystems:

a) Die Ökonomie-Banken. Sie sind für alle Kontoabwicklungen, Überweisungen und Geschäftsabwicklungen zuständig. Sie sind ein reiner Dienstleister für durchlaufende Gelder, der an den Spesen – fair berechnet – verdient. Sie sind auch für Währungsumrechnungen und Währungsaustauschgeschäfte zuständig nach demokratisch geregelten national abgesegneten Wechselkursen.

b) Gründung von neuen Investment- und Kreditgeberbanken.

Diese neuen Investment- und Kreditgeberbanken müssen auch auf neuen ethischen Gesetzesgrundlagen aufgebaut werden und mit real abgesichertem Geld arbeiten. Die Spielregeln müssen neu ausgearbeitet werden.

Der wichtige nächste Schritt wäre es, die Sparguthaben aus den jetzigen Banken langsam und geregelt zu den neuen Banken umzuleiten. Für alteingesessene Genossenschaftsbanken, die auf solider Basis arbeiten, kann eine streng geregelte Übergangsphase ausgearbeitet werden, damit sie ins neue System umsteigen können. Zudem muss wie bei allen anderen juristischen Personen auch die Proportia Divina angewendet werden, um die Banken nicht zu groß werden zu lassen und um sie mit einem Standort zu verwurzeln.

Unserer Regierung muss es verboten werden, das Budget über Bankkredite zu finanzieren. Das geht einfach nicht und ist völlig widersinnig. Es ist eine schwere Verletzung des Generationenvertrages und so ein Schuldenerbe können wir unseren Kindern nicht

hinterlassen. Welches Vorbild geben wir da ab? Das ist gänzlich undenkbar in Zukunft! Im öffentlichen Bereich kann nur mit den Mitteln gearbeitet werden, die tatsächlich da sind. Wozu soll es gut sein, dass sich Regierungen Geld zu teuren Zinsen bei Privatbanken leihen? Geld ist ein Geschäft auf Treu und Glauben. Die bisher so widerrechtlich angefallenen Staatsverschuldungskredite und Rettungspakete müssen liquidiert werden, wenn das neue System gut genug aufgebaut ist und sicher arbeitet.

Der Machtmissbrauch und die Feudalherrschaft einer Minorität über den Rest der Welt müssen überwunden und geheilt werden. Die Übergangszeit wird schwierig und es wird die Frage sein, ob sich der Großteil der Menschen für Ethik und Fairness entscheidet, oder nicht. Versucht werden sollte es.

VITA DER AUTORIN

Karin Erika-Luise Johanna Kolland

Geboren 1954 als Älteste von fünf Kindern in einer erdig bürgerlichen Familie. Vater Oberförster, Mutter Fürsorgerin.

Matura am Seebachergymnasium in Graz. Teilstudium: Kunstgeschichte und Rechtswissenschaften an der Karl Franzens Universität Graz ohne Abschluss. Neben dem Studium Filialleitung einer Boutique, danach Abschluss Einzelhandelskaufmann und Sales Managerin im Einrichtungshaus Steiner in Graz. Als weiterer wichtiger Lebensabschnitt folgt die Zusammenarbeit mit ihrem Verlobten Bernard Dewerchin, der als Architekt ein Krankenhaus in El Salvador als Entwicklungshilfeprojekt baut. Nach seinem tragischen Tod Rückkehr eröffnet sie 1994 ein Kaffeehaus, das "Schloß-Cafe" in Haus im Ennstal, das bald zu einem besonderen Kulturtreffpunkt wird. Neben süßen Köstlichkeiten bietet sie ihren Gästen Bilderausstellungen, Konzerte, Lesungen und wird zur Initiatorin von "Kunst im Schnee", eine Veranstaltung mit zahlreichen Künstlern, die großes regionales Medieninteresse weckt.

1989/1991 Ausbildung zur Kosmologin und Reinkarnationsanalytikerin an der Kosmologenakademie in der Schweiz.

1991/1993 Ausbildung zur Reiki Meisterin bei Johanne Thate und Elke Hannemann, Hamburg (www.intuitivesReiki.at)

1992 verpachtet sie das Kaffeehaus und verkauft es später. Ab 1992 arbeitet sie selbstständig als Seminarleiterin für Meditation, Reiki und Kosmologie.

Zusatzausbildungen: Astrologie und kabbalistische Numerologie. Feng Shui bei Günther Sator, Roger Green und William Spear.

Mediation: Retreats in Christlicher und Zen Meditation, später Herzensmeditation über die indische Ram Chandra Organisation. Diverse Reiki-Do und spirituelle Selbsterfahrungsseminare. Studium hermetischer Philosophie und Ethik.

1995 erscheint ihr erstes Buch im Kompetenzverlag; 1996 gründet sie den „Hanael Bücher mit Seele“ Verlag und den „Hanael Verein zur Förderung spiritueller, intuitiver und gesunder Lebensweise“, der als „Hanael Association“ international vernetzt ist. (www.hanael.at und www.kuthumi.at)

Auch der Politik gilt seit vielen Jahren ihr Interesse. Bereits zu Zeiten von LH Krainer engagierte Sie sich im "Krainer Komitee" für "Ethik & positives Denken" in der Politik – damals vorwiegend im Umfeld der ÖVP. Sie ist langjähriges außerordentliches Mitglied im Wirtschaftsbund und Ausschussmitglied der Sparte Information und Consulting der Fachgruppe Buch und Medienwirtschaft Stmk.

Lieferbare Publikationen Karin E. J. Kolland:

1997 „Intuitives Reiki nach Sensei Mikaomi Usui DER 2. GRAD, die Symbole und ihre Anwendungen“ (Sachbuch) ISBN 3-900745-0-3 / 8. Auflage / 2. Auflage in Russisch Sophia Verlag (2009)

1998 „Intuitives Reiki nach Usui Sensei DER 1. GRAD, Gesundheit aus deiner Hand“ (Sachbuch) ISBN 978-3-902383-25-9 / 5. Ausgabe Neuauflage / 1. Auflage Russisch Sophia Verlag

2000 „Intuitives Reiki nach Sensei Mikaomi Usui MEISTERGRAD, Licht-Körper-Entwicklung“ (Sachbuch) ISBN 3900745-2-X / 5. Auflage / 1. Auflage Russisch Sophia Verlag

2000 „Wenn die Liebe Trauer trägt, die Hoffnung bewahren“ spiritueller Roman (Belletristik) ISBN 3-900745-9-7 / 2. Auflage

2002 „Das 1x1 der Kosmologie, Anleitung zum Glücklichsein“ (Sachbuch) ISBN 3-900745-4-6

2003 „Im Chi der Mondin, wenn die Liebe Heilung schenkt“ spiritueller Roman (Belletristik) ISBN 3-902383-01-1

2003 „Die Prophetin von Cassiopeia“ spirituelles Essay (Belletristik) ISBN 3-902383-02-X

2004 „CD Vergebung Friede Liebe“ geführte Meditation (audio CD) ISBN 3-900745-7-0

2005 „CD Reiki Klang & Heilung“ geführte Meditation (audio CD) ISBN 3-902383-06-2

2005 „Out of Asyl“ autobiographischer Roman (Belletristik) ISBN 3-902383-03-8

2005 „Friede sei mit mir, Lichtorden Erzengel Hanael im Dienste der Menschheit“ (Sachbuch) ISBN 3-902383-08-9

2006 „Hanael Engelkarten“ 80 Karten lemurischer Engel und Erzengel (Kartenset) ISBN 3-902383-10-0

2006 „Intuitives Reiki Licht-Management“ Reiki Vertiefung (Sachbuch) ISBN 3-902383-09-7

2007 „Magie der Elemente“ Kartenset & Buch Bilder Annemarie Stelzer, Texte Karin E. J. Kolland ISBN 978-3-902383-11-2

2008 „sanft gesagt – durch tag und mond und jahr“ Lyrik Karin E. J. Kolland, Fotos Franz Hofer ISBN 978-3-902383-21-1

2008 „sanft berührt – zeitbrücke in liebe“ Lyrik Karin E. J. Kolland ISBN 978-3-902383-22-8

2009 „intuitives Reiki Flügel meines Herzens“ Ethik einer Heilkunst (Sachbuch) 978-3-902383-23-5

Hanael „Bücher mit Seele“ Karin E. J. Kolland Verlags KG
www.hanael.at www.intuitivesReiki.at www.kuthumi.at